

## **FREIBERUFLER-TICKER vom 05. April 20 19**

### **1. Girls'Day und Boys'Day helfen bei der Berufsorientierung**

Das belegt die neueste Girls'Day- und Boys'Day-Studie für das Jahr 2018, die Ende vergangener Woche präsentiert worden ist. Danach finden mehr als 90 Prozent der Mädchen und Jungen das eintägige Praktikum „sehr gut“ bis „gut“. Für mehr als 60 Prozent der befragten Jugendlichen war es „sehr hilfreich“ oder „hilfreich“, um eine bessere Vorstellung davon zu bekommen, was sie später einmal beruflich machen wollen. Über jedes vierte Girls'Day-Unternehmen stellt später ehemalige Teilnehmerinnen ein. 17 Prozent der beteiligten Organisationen schließen mit einem ehemaligen Boys'Day-Teilnehmer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag ab. Für die Studie sind rund 20.000 Mädchen und Jungen befragt worden, die im Jahr 2018 beim Girls'Day oder beim Boys'Day aktiv waren. Bereits seit Ende des Jahres 2009 engagiert sich der BFB regelmäßig in den beiden Initiativen, die den Jugendlichen zur Berufsorientierung einen Einblick in verschiedene Berufe geben, ohne sie bereits vorher auf typische Frauen- oder Männerberufe festzulegen.

### **2. Kontrolle des Bunds beim Hochschulpakt**

Der Bund stellt für den Hochschulpakt insgesamt 20,2 Milliarden Euro zur Verfügung, die Länder 18,3 Milliarden Euro. Der Bund weist seine Mittel den Ländern zweckgebunden zur eigenen Bewirtschaftung zu. Das führt die Bundesregierung in ihrer Antwort (19/8711) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP (19/8186) aus, über die der Deutsche Bundestag am 2. April 2019 informiert hat. Mit dem neuen Hochschulpakt 2020 reagieren Bund und Länder auf die anhaltend hohe Zahl von Studienanfängern. Eingeführt worden ist die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, um aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge das prognostizierte Studierendenhoch zu bewältigen.

### **3. Digitalrat zu Umgang mit Daten**

Der von der Bundesregierung berufene Digitalrat hat sich Ende vergangener Woche zu seiner dritten Sitzung in Berlin getroffen. Unter Leitung von Bundeskanzlerin Merkel erörterte das Gremium unter anderem das Thema Daten und Gesellschaft. Schwerpunkt des Treffens war die Umsetzung der konkreten Vorschläge des Digitalrats zum Gegenstand der vergangenen Sitzung: Digitaler Staat und E-Government. Darüber hinaus wurde insbesondere über das Thema „Daten und Gesellschaft“ gesprochen. Wichtig sei, die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen in Bezug auf seine Daten zu schützen, aber gleichzeitig Innovationen nicht zu verhindern, zum Beispiel im Gesundheitsbereich.

### **4. Überschuss bei Kommunalfinanzen im Jahr 2018**

Die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) haben im Jahr 2018 einen Finanzierungsüberschuss von insgesamt 9,8 Milliarden Euro verzeichnet. Wie das Statistische Bundesamt auf Grundlage der vierteljährlichen Kassenstatistik am 2. April 2019 weiter mitgeteilt hat, ist somit der Rekordüberschuss des Jahres 2017 von 10,7 Milliarden Euro nicht erreicht worden. Das Ergebnis liegt aber noch immer weit über dem Wert von 5,4 Milliarden Euro aus dem Jahr 2016. Die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich ihrer Extrahaushalte haben im Jahr 2018 rund 269,9 Milliarden Euro betragen, plus 4,4 Prozent gegenüber dem Jahr 2017. Die Steuereinnahmen sind erneut deutlich um 5,5 Prozent auf 101,2 Milliarden Euro angestiegen. An Gewerbesteuern (netto) als wichtigster Steuerart wurden 42,2 Milliarden Euro eingenommen, plus 5,4 Prozent.

**5. Konjunktur deutlich abgekühlt – Politische Risiken hoch**

Diesen Titel trägt die Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2019, welche die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie am 4. April 2019 veröffentlicht haben. Demnach soll das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr nur noch um 0,8 Prozent wachsen, im Jahr 2020 um 1,8 Prozent. Für das Jahr 2019 wird eine Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent erwartet, die im Jahr 2020 weiter absinken soll auf 4,6 Prozent.